



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Müller, Kathi Petersen, Susann Biedefeld** und **Fraktion (SPD)**

Kommunen bei Integrationsmaßnahmen bestmöglich unterstützen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die bayerischen Kommunen sind bestmöglich bei der Wahrnehmung ihrer Integrationsaufgaben zu unterstützen.

Deshalb wird die Staatsregierung aufgefordert,

- für den flächendeckenden Ausbau hauptamtlicher Ehrenamtskoordinatorenstellen zu sorgen, sowie
- finanzielle Mehrbelastungen, die den Kommunen im Integrationsbereich entstehen, präzise zu erfassen und sie auf dieser Grundlage aufgabenbezogen zu entlasten. Dies betrifft insbesondere die kommunalen Aufwendungen im Zusammenhang mit der Jugend- und Schulsozialarbeit, Sprachkursen, Berufsbildung und weiteren Integrationsangeboten.

Soweit erforderlich, ist hierfür die Zustimmung des Haushaltsgesetzgebers einzuholen.

Begründung:

Bereits seit etlichen Monaten leisten viele bayerische Kommunen in Hinblick auf die Versorgung und Integration von Flüchtlingen Außergewöhnliches. Dabei sind sie jedoch immer wieder darauf angewiesen, zu improvisieren, finanziell in Vorleistung zu gehen und auf der Grundlage planerischer Unsicherheit zu agieren. Neben dem Bund steht deshalb auch der Freistaat in der Pflicht, die Kommunen bestmöglich bei der Wahrnehmung der Integrationsaufgaben zu unterstützen. Vor allem zwei Punkte fallen hier derzeit ins Gewicht:

Erstens: Ohne das Engagement von Freiwilligen und Ehrenamtlichen hätte der Freistaat die aktuellen Herausforderungen kaum bewältigen können. Ehrenamtliches Engagement benötigt allerdings immer auch Anleitung und Koordination. Um entsprechende Stellen zu schaffen, sind die Kommunen häufig in Vorleistung getreten. Der Freistaat hat vergangenen Herbst im Rahmen eines Modellprojekts Fördergelder für hauptamtliche Ehrenamtskoordinatorenstellen in insgesamt 14 Kommunen bereitgestellt. Vor wenigen Tagen kündigte Sozialministerin Emilia Müller zudem an, dass auch die Stadt Passau eine solche Koordinatorenstelle erhalten werde. Beides sind Schritte in die richtige Richtung, die allerdings nur punktuell Abhilfe schaffen – zumal auch die Entscheidung, welche Kommunen aus welchen Gründen in den Genuss einer derartigen Förderung kommen, keinen transparenten Kriterien unterliegt (so war der Antrag der Stadt Passau beispielsweise noch im Herbst ohne Begründung abgelehnt worden). In jedem Fall erscheint der weitere Ausbau von Koordinatorenstellen unabdingbar, damit einerseits den zu uns Kommenden effektiv geholfen werden kann sowie andererseits das ehrenamtliche Engagement zielgerichtet kanalisiert werden kann. Deshalb ist es notwendig, ein flächendeckendes System hauptamtlicher Koordinatorenstellen in den Landkreisen und kreisfreien Städten zu etablieren.

Zweitens: Der Bayerische Städtetag warnte jüngst vor einer „kalten Kommunalisierung der Integrationskosten“ (Pressemitteilung vom 18. Februar 2016) und appellierte daher erneut an den Freistaat, seiner finanziellen Verantwortung gerecht zu werden. Es mache Stadtkämmerer „stutzig“, wenn sich der bayerische Finanzminister mit einem Festakt für „10 Jahre ausgeglichenen Haushalt“ feiern lasse, während Städte und Gemeinden einmal mehr in die Neuverschuldung gehen müssen. Es wird daher dringend an die Staatsregierung appelliert, die Kommunen auf Grundlage einer präzisen Erfassung der finanziellen Mehrbelastungen, die diesen auf den verschiedenen Handlungsfeldern im Integrationsbereich entstehen, aufgabenbezogen zu entlasten. Insbesondere sind hier kommunale Aufwendungen im Zusammenhang mit Kindertagesstätten, Schulen, Volkshochschulen sowie Jugend- und Sozialämtern zu nennen. Den Kommunen entstehen in diesem Zusammenhang Kosten für Jugend- und Schulsozialarbeit, Sprachkurse, Berufsbildung und sonstige Integrationsangebote. Nur wenn hier eine spürbare Entlastung erzielt wird, können die Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit Integration vor Ort gelingt.